

so!

Informationen der SP Wädenswil

Sozialdemokratische Partei Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
 PC: 80-43003-3, so!
 Nr.2/01, erscheint 3 bis 4 mal jährlich, Auflage: 7500 Ex.
 Preis: Normal-Abonnement Fr. 12.- Unterstützungs-Abonnement Fr. 25.-
 Druck: Arbeitszentrum am See, Wädenswil
 Redaktion: Sepp Dorfschmid, Hanna Landolt,
 René Peter, Hansjörg Schmid, Erwin Wachter
 http://www.spwaedenswil.ch

Oberstufenschule: Land in Sicht!

Die Oberstufenschulgemeinde konnte dank reichlich fliessender Steuereinnahmen den Steuerfuss senken, obwohl dieses Jahr zwei neue Projekte finanziert werden müssen. Zum einen konnte eine Stelle für einen Leiter der Schulverwaltung geschaffen werden und zum andern wurde eine Förderlehrerin angestellt, die ihre Arbeit zu Beginn des neuen Schuljahres aufnehmen wird.

Warum eine Integrative Schulungsform?

Seit längerer Zeit, das heisst, seit drei und mehr Jahren, berichten Lehrer über die nicht immer einfachen Umstände in ihren Klassen. Der Unterricht werde erschwert durch die grosse Heterogenität der Schülerinnen und Schüler, klagten sie. Eine Umfrage, welche die Sachlage präziser abklären und eine Handlungsgrundlage schaffen sollte, ergab folgendes: auf der Stufe Sek. B und Sek. C war die Hälfte der Schüler in der Primarschule bereits vom Schulpsychologischen Dienst oder Kinder- und Jugendpsychologischen Dienst untersucht worden. Kaum solche Schülerinnen und Schüler fanden sich in Sek. A-Klassen. Zudem zeigte sich, dass die Schüler nicht in jenen Klassen unterrichtet wurden, die ihren besten Leistungen entsprachen, sondern in dernjenigen, die ihren - um es

drastisch zu sagen - schwächsten Leistungen angemessen waren. Was macht eine Lehrerin oder Lehrer in dieser Situation, in welcher der Persönlichkeit der einzelnen Kinder im Unterricht wenig Raum gegeben werden konnte? Wenn sie oder er sich nach den jeweils Schwächsten ausrichtete, langweilten sich die Guten und zeigten entsprechendes Verhalten: Stören oder Schweigen. Wurde der Unterricht den jeweils Besseren angepasst, waren die Schwächeren überfordert. Auf jeden Fall war eine gute Lernatmosphäre im Klassenzimmer nur mit grossen Anstrengungen erreichbar.

Bisher wurden SchülerInnen nicht nur im Unterrichts-niveau zurückgestuft oder zu Spezialunterricht ausgesondert, weil sie schwache Schulleistungen erbrachten, sondern vor allem auch, weil sie untragbare Verhaltensauffälligkeiten zeigten. In einleuchtender Weise antwortet die Integrative Schulungsform (ISF) auf diese Probleme.



René Peter

Die Arbeit des Leiters der Schulverwaltung entlastet die Lehrer von zusätzlichen Aufgaben, welche die Schulführung und nicht die Klassenführung bzw. den Unterricht direkt betreffen. LehrerInnen, die in Schulkommissionen und Arbeitsgruppen mitarbeiten, wurden früher angehalten, z.B. Proto-

kolle zu verfassen oder Organisationsaufgaben für Veranstaltungen zu übernehmen, die die ganze Schule betreffen. Dass sie auf diesem Gebiet nun weniger Verpflichtungen haben, spüren die Lehrerinnen und Lehrer bereits und äussern sich positiv darüber. Die Schaffung einer Förderlehrerstelle ist im Zusammenhang mit der Integrativen Schulungsform (ISF) geschehen, die im letzten Herbst durch die Oberstufenschulgemeinde beschlossen worden ist.



Sekschulhaus Rotweg

Neu eine Förderlehrkraft

Künftig soll eine eigens dafür beauftragte Förderlehrkraft den Schülerinnen und Schülern, aber auch den Lehrerinnen und Lehrern, spezifische Hilfe bieten. Das Ziel ist, dass Schüler in diejenigen Regelklassen integriert werden, die ihren guten Leistungen angepasst sind.

Ein weiteres Ziel der ISF ist, zur Verbesserung der Schulqualität insgesamt beizutragen. Es sieht ganz so aus, als ob das gelingen würde. Positive Reaktionen auf

den mutigen Schritt, das ISF einzuführen, sind bereits erfolgt. Die Schule Wädenswil ist wieder attraktiv für Lehrerinnen und Lehrer. Ganz gegen den Trend im Kanton konnten die zahlreichen freien Lehrerstellen in Wädenswil innert kürzester Zeit wieder besetzt werden.

Die SP freut sich darüber, dass die Oberstufe in Wädenswil auf Erfolgskurs ist. Mit grossem Einsatz arbeitet die Schulpflege auf eine Bildungsstätte

hin, von der alle Kinder sagen können: „Da gangi gern id' Schuel“. Die SP dankt ihren beiden Oberstufenschulpflegerinnen Anne Ruesch und Franziska Greber Bretscher für ihre Initiative. Franziska Greber Bretscher regte die Gründung der Arbeitsgruppe Sonderschulung und Schulqualität an und half auch massgeblich bei der Entwicklung, dem Konzept und der Einführung der Integrativen Schulungsform mit.

Stadträtlicher Zickzack-Kurs in der Zentrumsplanung

Die Zentrumsplanung hat die Wädenswiler Politik immer wieder beschäftigt. Vielfach standen sich die Fronten diametral gegenüber: pro oder contra Parkplätze, war meist die Frage.



Sepp Dorfschmid,
SP-Gemeinderat

Nachdem grössere Parkierungsanlagen an der Finanzierung (Eidmattparking) oder am SP-Referendum (Weinrebe) scheiterten, wurde 1993 das Parkhaus Lindenstrasse beschlossen. Dank grossem SP-Einsatz konnte erreicht werden, dass als Gegengeschäft die Gerbestrasse vom Verkehr befreit wurde.

Viele Probleme blieben aber ungelöst. In seltener Eintracht reichten alle Mitglieder des Parlamentes im Sommer 1994 ein Postulat ein, mit dem ein „Projekt offene Zentrumsplanung Wädenswil“ gefordert wurde. Trotz vieler Sitzungen kam im Endeffekt nichts heraus. Die bürgerlichen Parteien waren nicht einmal bereit, einige tausend Franken für eine Studie zu bewilligen, die aufzeigen sollte, wie die Zugerstrasse im Zentrum für eine halbe bzw. für eine Million Franken attraktiver gestaltet werden könnte!

Immerhin gab es im Laufe der Arbeit aber einige Erkenntnisse. So wurden vom Bauamt vor rund 5 fünf Jahren die Parkplätze intensiv beobachtet. Dabei wurde festgestellt, dass selbst in Spitzenzeiten die Auslastung kaum über 80% lag. Für die heute nötigen Überlegungen noch wichtiger ist die auf Verkehrszählungen gestützte Erkenntnis, dass mindestens 50% des Ver-

kehrs auf der Zugerstrasse nicht den Durchgangsverkehr betreffen. Weiter kann den Unterlagen entnommen werden, dass der Hauptanteil des Durchgangsverkehrs auf die Verbindung zwischen Richterswil und dem Neubühl entfällt. Äusserst klein ist der Verkehr aus Richtung Au, der in die obere Zugerstrasse oder die Schönenbergstrasse (oder umgekehrt) will. Obwohl an diesen Verhältnissen kaum etwas geändert hat, will der Stadtrat mit dem Ausbau der Tiefen Hofstrasse eine Entlastung des Zentrums erreichen und setzt dafür im Finanzplan mit 2 Millionen einen Schwerpunkt!

Weihnächtliches Erschrecken

In der Weisung zur Zonenplanrevision im Neubühl schreibt der Stadtrat auf zwei Seiten, wie wichtig ihm Massnahmen zur Stärkung des Stadtzentrums sind. Dies entspricht auch den Regierungsrichtlinien, die er im Dezember 2000 publizierte. Die Weihnachtstage haben dem Stadtrat aber of-

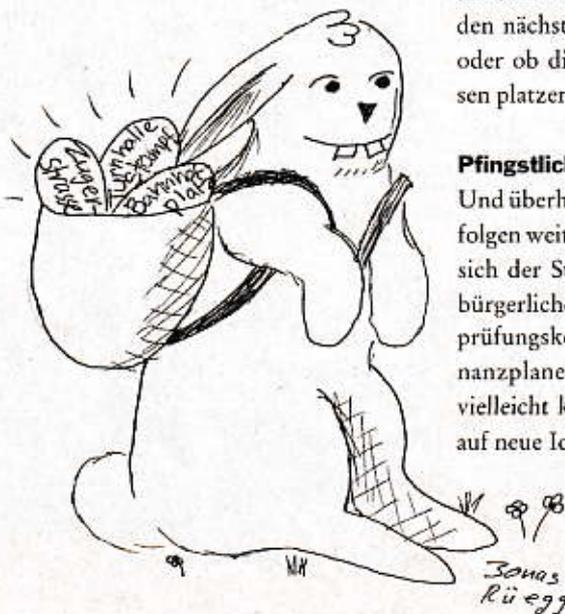
fenbar schwer zugesetzt. Denn der Finanzplan vom 8. Januar 2001 spricht eine andere Sprache: Für die Zentrumsentwicklung sind lächerliche 50'000 Franken eingesetzt (schon die Planung für die unsinnige Tiefen Hofstrasse kostet mehr!). Für den Bahnhofplatz ist zwar eine Million eingesetzt. Durch die Bezeichnung als Wahlbedarf fällt das Vorhaben aber wohl ausser Abschied und Traktanden.

Österliche Lichtblicke

Umso erfreulicher scheint der Besuch des Osterhasen beim Stadtrat ausgefallen zu sein. In der ersten Mai-Woche können grosse Versprechungen der Lokalpresse entnommen werden: Umbau Oberdorfstrasse, Flaniermeile mittlere Zugerstrasse, attraktiver Busbahnhof auf dem von der Dosenbach-Ruine befreiten Bahnhofplatz, Verbesserung der alten Glärnischhalle für kulturelle Veranstaltungen, Bau einer Dreifach-Turnhalle auf dem Stampfareal beim Glärnisch-Schulhaus. Und all diese Investitionen von über 10 Millionen sollen mit weiteren Steuersenkungen und Schuldenabbau vereinbar sein. Ob dieser österliche Chräzeninhalt tatsächlich in den nächsten Jahren Realität werden kann oder ob die Versprechungen als Seifenblasen platzen werden, wird sich noch weisen.

Pfingstliche Erleuchtung?

Und überhaupt: Mit Auffahrt und Pfingsten folgen weitere Feiertage. Vielleicht bespricht sich der Stadtrat dann mit dem (ebenfalls bürgerlichen) Präsidenten der Rechnungsprüfungskommission, der anlässlich des Finanzplanes mahnende Worte sprach und vielleicht kommt der Stadtrat dann wieder auf neue Ideen.



Jonas
Rüegg

Spital - wie weiter?

Schliesst das Spital Wädenswil definitiv? Wohin müssten wir dann in Spitalbehandlung? Wie viel würde Wädenswil das Schwerpunktspital Horgen kosten? Sich auf solche Fragen Antworten zurecht zu legen, war bisher schwierig. Die Information war spärlich und teilweise unglücklich. Darum hier die wichtigsten Fakten.



Hansjörg Schmid

Anfang 1996 trat das neue Krankenversicherungsgesetz in Kraft. Der Bund verpflichtete darin den Kanton, eine Spitalplanung durchzuführen. Das Resultat davon war die Spitalliste. Sie schreibt eine Zusammenlegung der Spitäler Wädenswil und Horgen am Standort Horgen vor. Das dortige Spital soll zu diesem Zweck ausgebaut werden. Auf Januar 1999 wurde der Zweckverband Spitalregion linkes Zürichseeufer gegründet, dem neben Wädenswil die Gemeinden Richterswil, Schönenberg, Hirzel, Hütten, Horgen, Oberrieden und Thalwil angehören.

Obwohl sich Wädenswil verständlicherweise gegen die Schliessung ihres bei der Bevölkerung sehr beliebten Spitals gewehrt hat, hält der Regierungsrat am Entscheid fest. Die Tage des Spitals Wädenswil sind gezählt, meinte Verena Diener im Februar dieses Jahres bei einer Aussprache mit einer Wädenswiler Delegation.

Horgen bester Standort

Für Horgen als Standort sprechen folgende Gründe:

- Zentrale geografische Lage
- In der Region sind sonst keine Räumlichkeiten für ein Schwerpunktspital vorhanden, respektive können nicht gebaut werden
- In Horgen steht Bauland für Erweiterungen zur Verfügung
- Gute Erreichbarkeit mit öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln, Ausbau von Parkplätzen möglich.

Wollen wir ein Schwerpunktspital?

Die relevante Frage für die WädenswilerInnen ist nicht, wie viele auf Grund der bruchstückhaften Information vielleicht schliessen, ob wir zukünftig ins Triemli in Spitalbehandlung müssen oder nach Horgen. Vielmehr geht es darum zu entscheiden, ob wir in der Region ein Schwerpunktspital wollen oder nicht. Würde das Projekt abgelehnt, wäre die Region Zimmerberg die einzige im Kanton ohne eigenes Schwerpunktspital. Die Folgen wären unangenehm: Auf eine regionale medizinische Versorgung würde verzichtet. PatientInnen würden auf umliegende Spitäler umverteilt (nicht nur Triemli, das (noch) nicht genügend Kapazität hätte, auch Männedorf, Lachen oder Sanitas). Die Gemeinden müssten zu diesem Zweck Anschlussverträge abschliessen. Im weiteren müssten sie per Gesetz einen Rettungsdienst betreiben.

Daran zahlt der Kanton 40%. Auf Wädenswil entfielen auf Grund der Bevölkerungszahl 15%, was einem Betrag von gut sechs Millionen Franken entspricht. Dass zuerst nur von 32 Millionen (respektive 15 Millionen für eine erste Etappe) gesprochen wurde, ist unglücklich und unter anderem ein Kommunikationsproblem. Der Betrag bezog sich auf das Vorprojekt und war mit einem Unsicherheitsfaktor von +/- 20% behaftet. Zudem waren die Ausstattungskosten von sieben bis acht Millionen Franken nicht einberechnet.

Das Projekt gilt als angenommen, wenn zwei Drittel der beteiligten Gemeinden und mehr als 50% der Stimmberechtigten zustimmen.

Was passiert mit dem Spitalgebäude Wädenswil?

Ob sich die Wädenswiler Bevölkerung für das Schwerpunktspital Horgen wird erwärmen können, hängt nicht zuletzt auch



Die Wädenswiler Stimmbürgerinnen werden dem Schwerpunktspital Horgen lieber zustimmen, wenn sie wissen, dass „ihr“ Spital eine gute Zukunft hat.

Wann stimmen wir über wie viel ab?

Die für Juni geplante Abstimmung zum Projekt Schwerpunktspital Horgen musste verschoben werden, weil das Projekt wegen Kostenüberschreitungen nochmals überarbeitet werden muss. Es soll nun 42 Millionen Franken kosten.

davon ab, was mit dem Spitalgebäude in unserer Stadt passieren wird. Bisher haben weder die Besitzerin, die Spitalstiftung, noch der Stadtrat kreative Ideen präsentiert. Wir warten gespannt!

Nein zum Ausverkauf der Elektrizitätswerke

Europa macht sich fit für einen liberalisierten Strommarkt. Die SP ist der Ansicht, dass die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ), die vorwiegend mit Strom handeln, grössere Flexibilität als heute brauchen, damit sie im liberalisierten Umfeld zum Vorteil ihrer Konsumenten und Konsumentinnen möglichst gute Bedingungen erreichen können. In der Rechtsform einer AG wäre das auch aus linker Sicht besser gewährleistet als in der heutigen Form. Die Mehrheit des Kantonsrates hat jedoch die von uns geforderten flankierenden Massnahmen abgelehnt. Sie hätten das Volksvermögen vor Spekulation geschützt, eine zuverlässige und nicht-diskriminierende Stromversorgung gesichert und dem Umweltschutz Rechnung getragen. Ohne diese Massnahmen ist die Vorlage aus Sicht der SP absolut unannehmbar. Die Folgen wären verheerend. Wir sagen deshalb am **10. Juni NEIN zum Ausverkauf der EKZ!**

1. Nein zu Experimenten mit unserem Volksvermögen.

Der Anteil des Kantons an der rein privatrechtlichen Axpo-Holding liegt nach der Privatisierung bei über 3 Milliarden, die keinerlei direktdemokratischer Kontrolle unterliegen. Gemessen an der Beteiligung des Kantons an der SAirGroup eine ungeheure Summe. Sollte der Axpo nicht der von rechts propagierte Erfolg beschieden sein, hätte dies – im Gegensatz zum Debakel bei der SAirGroup – verheerende finanzielle Auswirkungen auf den Kanton.

2. Nein zum Monopoly mit dem Stromverteilnetz

Mit der Umwandlung der EKZ in eine AG soll auch das Stromverteilnetz privatisiert werden. Oft führt aber nur eine einzige Leitung in ein Gebiet. Das Stromnetz hat also Monopolcharakter und darf keinesfalls der unkontrollierbaren Spekulation ausgesetzt werden.

3. Nein zu der Benachteiligung für KleinkonsumentInnen, KMU und Gemeinden

Die Axpo-Holding wird die Grossverbraucher mit massiven Preiszugeständnissen verwöhnen. Die NormalverbraucherInnen müssen dafür die Zeche bezahlen. In der ersten Zeit werden zwar auch für sie die Preise sinken, weil die privaten Unternehmen bei Unterhalt und Investitionen sparen können, übernehmen sie doch vom Staat zu sehr günstigem Preis gut funktionierende Einrichtungen, welche mit dem Geld der KonsumentInnen aufgebaut worden sind. Doch mittelfristig fallen um so höhere Unterhalts- und Investitionskosten an. Dann müssen die normalen Haushalte mit höheren Preisen rechnen.



Julia Gerber
SP-Kantonsrätin

4. Nein zur Ausschaltung des Umweltschutzes

Die Annahme des Gesetzes würde jeden politischen Einfluss auf dem Gebiet des Umweltschutzes verhindern. Erneuerbare Energien und Strom aus einheimischen Wasserkraftwerken werden gegenüber Strom aus ausländischen Dreeschleudern noch weniger konkurrenzfähig sein als heute. Damit wird unsere Umwelt gefährdet und es werden zahlreiche Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Als Abonnentin oder Abonnent erhalten Sie das so! mit der Post. Das so! wird zudem von rund 20 Personen 3-4 mal jährlich in 7500 Haushalte in Au und Wädenswil verteilt. Selbstverständlich tun dies alle Personen unentgeltlich - darüber sind wir sehr froh. Merci!

Der Druck und das Papier kosten jedoch Geld - und darauf sind wir dringend angewiesen. Wir legen deshalb einen Einzahlungsschein bei und danken herzlich für jede Abonnementszahlung (Abo Fr. 12.--, bzw. Unterstützungssabo Fr. 25.--) und/oder Spende.

Die Redaktion

- Ich will mehr über die SP erfahren
 Ich möchte der SP beitreten
 Senden Sie mir Infomaterial über folgendes Thema:

Name:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:



Sozialdemokratische Partei Wädenswil
Postfach 552, 8820 Wädenswil
Fax 01-680 34 51
e-mail: spwaedenswil@spzuerich.ch



**Abstimmungsempfehlung
für den 10. Juni 2001:**

Eidgenössisch:

- | | |
|--|-----------|
| • Militärgesetz, Bewaffnung | Ja |
| • Militärgesetz, Ausbildungszusammenarbeit | Ja |
| • Bistumsartikel | Ja |

Kantonal:

- | | |
|--------------|-------------|
| • EKZ-Gesetz | Nein |
|--------------|-------------|